

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **27.11.2019**, 17:18 Uhr - 21:13 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Astrid Bühl, Gaby Comos-Aldejohann, Richard-Michael Halberstadt, Jens Christian Heinemann (bis 18:30 Uhr; TOP 13), Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder, Klaus-Peter Richter (ab 18:30 Uhr; TOP 13), Peter Wolfgarten (bis 21:13 Uhr; Ende Sitzung öffentlicher Teil),

von der SPD-Fraktion:

Elke Haves, Thomas Kollmann, Petra Seyfferth, Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Otto Reiners, Sylvia Rietenberg, Jörg Rostek, Harald Wölter (ab 17:30 Uhr; TOP 5),

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld (ab 17:22 Uhr; TOP 2),

von der Fraktion DIE LINKE.:

Martin Scholz,

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Siegfried Köhl,

Sachkundige Einwohner/innen:

Ahmad Alhamwi (ab 18:45 Uhr; TOP 13), Yildirim Eroglu (bis 18:45 Uhr; TOP 13), Arnold Voskamp, Elisabeth Wibben,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Hans-Joachim Fürstenberg, Nora-Jean Harenbrock, Burkhard Hülsmann, Heinz Lembeck, Ines Pietsch, Frauke Popken, Gabriele Rickert, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Daniela Stemmer, Florian Stritzke, Frank Treutler, Andreas Woltering,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Christoph Kattentidt, Otmar Knüvener, Hans Kurth, Ulrich Schülbe,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 27.11.2019

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | | | |
|---------------------------|------|--|---------------|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder | |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung | |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen | |
| | 3.1. | Eingänge | |
| | 3.2. | Mitteilungen | |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses | |
| <u>V/1006/2019</u>
III | 5. | Stadtteilentwicklung | Coerde |
| | | - Errichtung eines multifunktionalen „Stadtteilhauses“ am Hamannplatz (Grundsatzbeschluss) | |
| <u>V/0957/2019</u>
IV | 6. | Planung und Entwicklung eines integrierten Begegnungs-, Bildungs- und Gesundheitszentrums als Bestandteil eines im südlichen Teilbereich des Stadtteilzentrums am Hamannplatz Nr. 36 - 40 neu zu errichtenden "Stadtteilhauses" für Coerde. Antrag Nr. A-R/0008/2019 der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL "Ein Kinder- und Jugendgesundheitszentrum Kiese-kampweg in Coerde entwickeln". | |
| <u>V/0981/2019</u>
IV | 7. | Jugendberufsagentur | |

- | | | |
|----------------------------|-------|--|
| <u>V/1037/2019</u>
II | 8. | Kosten für Abfallentsorgung bei Menschen, die aufgrund einer Behinderung oder aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen einen erhöhten Bedarf an Windeln haben. |
| <u>V/1126/2019/1</u>
IV | 9. | Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiographien junger Geflüchteter – Interessenbekundungsverfahren |
| <u>V/1126/2019</u>
IV | 9.1. | Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiographien junger Geflüchteter – Interessenbekundungsverfahren |
| <u>V/0894/2019</u>
V | 10. | Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) - Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung im Sozialamt und im Gesundheits- und Veterinäramt |
| <u>V/0952/2019</u>
V | 11. | Teilhabe im Alter und Vermeidung von Altersarmut: Expertise zur Erwerbssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Münster |
| <u>V/1062/2019</u>
V | 12. | Anpassung der Satzung für die Benutzung der städtischen Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge und Wohnungslose der Stadt Münster und Neufestsetzung der Benutzungsgebühren |
| <u>V/0811/2019</u>
V | 13. | Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich der Wohnungslosenhilfe - Ergebnisse und Verfahrensvorschläge des interfraktionellen Arbeitskreises Wohnungslosigkeit; hier: EU-Zuwanderer/-innen ohne Sozialleistungsansprüche |
| | 14. | Vorlagen des Jobcenters Münster |
| <u>V/0932/2019</u>
V | 14.1. | Eckpunkte, Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen 2020 in der Grundsicherung für Arbeitsuchende |
| <u>V/0933/2019</u>
V | 14.2. | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2020 des Jobcenters Münster |
| <u>V/0624/2019</u>
V | 14.3. | Perspektivzentrum des Jobcenters Münster - Resümee und Ausblick |
| <u>V/1073/2019</u>
V | 14.4. | Basisinformationen Jobcenter |
| <u>V/1110/2019</u>
V | 15. | Wirtschaftspläne der Kommunalen Stiftungen für das Jahr 2020 |
| <u>V/1098/2019</u>
V | 16. | Haushalt 2019: Förderung des Vereins Kinderhauser Arbeitsloseninitiative e.V. - Aufhebung des Sperrvermerkes |

- 17. Etatberatungen 2020**
- 17.1. Beratung des Haushaltsplans 2020
(Teilergebnispläne/Teilfinanzpläne)
- 18. Verschiedenes**

Herr Kollmann eröffnete um 17:18 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung, begrüßte alle Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Herr Kollmann informierte darüber, dass der Rat folgende Umbesetzung beschlossen hat:

Frau Katharina Geuking ist neues stellvertretendes Mitglied von der Fraktion Die LINKE im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung. Ausgeschieden ist Herr Hannes Draeger.

Punkt 1 der Tagesordnung Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Zu verpflichtende Mitglieder waren nicht anwesend.

Punkt 2 der Tagesordnung Festsetzung der Tagesordnung

Herr Heinemann beantragte, die unter Punkt 11 der Tagesordnung aufgeführte Vorlage V/0952/2019 „Teilhabe im Alter und Vermeidung von Altersarmut: Expertise zur Erwerbssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Münster“ von der Tagesordnung abzusetzen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zu beraten.

Widerspruch gegen diesen Antrag wurde nicht erhoben.

Mit der vorgenannten Maßgabe wurde die Tagesordnung damit einvernehmlich festgesetzt.

Punkt 3 der Tagesordnung Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung Eingänge

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung Mitteilungen

3.2.1 Frau Stadträtin Wilkens wies darauf hin, dass in dem Blog „Die Wiedertäufer“ bezüglich

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den in der Begründung dieser Vorlage dargelegten Sachstandsbericht zur aktuellen Stadtteilentwicklung in Coerde zur Kenntnis.
2. Der Rat beauftragt das städtische Tochterunternehmen Westfälische Bauindustrie GmbH (WBI) alle erforderlichen Schritte zur Errichtung eines neuen multifunktionalen „Stadtteilhauses“ am Hamannplatz Nr. 36 - 40 einzuleiten (Grundsatzbeschluss). Die Beauftragung umfasst insbesondere die Abstimmung mit allen relevanten Fachdienststellen zum Raumprogramm, die Entwurfs- und Ausführungsplanung, das Vergabeverfahren und den Bau des „Stadtteilhauses“ zur gebündelten Unterbringung verschiedener sozialer und kultureller Einrichtungen im Stadtteil Coerde.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Das Projekt „Errichtung eines multifunktionalen ‚Stadtteilhauses‘ am Hamannplatz Nr. 36 - 40“ steht noch am Beginn der Planung. Über dessen genauen Realisierungszeitraum sowie über damit verbundene Kosten und deren Finanzierung werden die zuständigen Gremien zum gegebenen Zeitpunkt mittels separater Vorlagen informiert bzw. werden dann entsprechende Beschlüsse zu fassen sein.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0957/2019**

Planung und Entwicklung eines integrierten Begegnungs-, Bildungs- und Gesundheitszentrums als Bestandteil eines im südlichen Teilbereich des Stadtteilzentrums am Hamannplatz Nr. 36 - 40 neu zu errichtenden "Stadtteilhauses" für Coerde. Antrag Nr. A-R/0008/2019 der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL "Ein Kinder- und Jugendgesundheitszentrum Kieseckampweg in Coerde entwickeln".

Frau Winkel brachte einen Antrag der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 12**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmten (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beauftragt das städtische Tochterunternehmen Westfälische Bauindustrie GmbH (WBI) mit der Planung und Entwicklung eines neuen ressortübergreifenden, integrierten Begegnungs-, Bildungs- und Gesundheitszentrums im Stadtteil Coerde als Bestandteil eines im südlichen Teilbereich des Stadtteilzentrums am Hamannplatz (Gebäude Nr. 36 - 40) neu zu errichtenden multifunktionalen „Stadtteilhauses“ (vgl. Vorlage Nr. V/1006/2019).

2. Das diesem Projekt zugrunde zu legende Raumprogramm (vgl. Anlage 1) soll zum Zweck einer vernetzten Zusammenarbeit und multifunktionalen Nutzung, Räume für stadtteil-orientierte Angebote der Gesundheits- und Jugendhilfe, Soziales und Bildung unter einem Dach umfassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob im Gesamtzusammenhang mit dem sich derzeit noch in Erarbeitung befindlichen Integrierten Stadtteilentwicklungskonzept (INSEK) für Coerde für die Realisierung des neuen multifunktionalen „Stadtteilhauses“ als sogenanntes Leuchtturmprojekt finanzielle Mittel aus den Förderprogrammen des Landes (z. B. Soziale Stadt) akquiriert werden können.
4. Der Antrag Nr. A-R/0008/2019 der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Ein Kinder- und Jugendgesundheitszentrum Kieseckampweg in Coerde entwickeln“ vom 04.02.2019 (Anlage 2) sowie die Anregung (Nr. 2019-00097) gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Vereins für Mototherapie e.V. „Ein Bewegungsraum für den Stadtteil Coerde“ vom 27.05.2019 (Anlage 3) sind damit aufgegriffen und erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Nach Abschluss der Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durch die WBI wird zu den Haushaltsberatungen 2021 ein Finanzkonzept inklusive aller Betriebskosten (Mietkosten, Personal- und Sachkosten) für das Begegnungs-, Bildungs- und Gesundheitszentrum erarbeitet und dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0981/2019

Jugendberufsagentur

Herr Bierstedt beantwortete Fragen der Mitglieder.

Mitglieder verschiedener Fraktionen lobten die Vorlage.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat befürwortet die Gründung einer rechtskreisübergreifenden Beratung im Übergang von der Schule in den Beruf im Sinne einer Jugendberufsagentur.
2. Der Rat stimmt zu, den Einstieg in Form eines gemeinsamen Projektbüros vorzunehmen, in dem die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen bezogen auf definierte Zielgruppen bereits umgesetzt und weiter entwickelt werden kann.
3. Die Verwaltung wird beauftragt
 - 3.1 die vorbereitenden Arbeiten für die Einrichtung einer gemeinsamen Jugendberufsagentur (Qualifizierungserfordernisse, räumliche und technische Anforderungen, Qualitätsmanagement, datenschutzrechtliche Fragen etc.) voranzutreiben;
 - 3.2 eine für das Projektbüro geeignete Immobilie zu identifizieren und für eine gemeinsame Nutzung zu sichern;

- 3.3 eine Kooperationsvereinbarung über die Durchführung der rechtskreisübergreifenden Beratung mit der Agentur für Arbeit Ahlen-Münster abzuschließen und anschließend
- 3.4 dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Jedem jungen Menschen ein Ausbildungsplatz in gemeinsamer Verantwortung – Anlaufstelle für Jugendliche am Übergang Schule und Beruf“ (Antrag A-R/0067/2011) ist damit aufgegriffen und wird bei der weiteren Bearbeitung berücksichtigt.

II. Finanzielle Auswirkungen

Die rechtskreisübergreifende Beratung soll mit den vorhandenen Personalressourcen bewältigt werden. Die Aufwendungen für die Miete und die Kosten für die Büroausstattung werden als übergreifende Kosten auf sämtliche Kooperationspartner aufgeteilt.

Die räumliche Unterbringung und der Starttermin der Jugendberufsagentur sind noch offen. Zur Höhe der zukünftigen Mietzahlungen und den Kosten für die Büroausstattung incl. Besprechungsmobiliar können daher zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Aussagen gemacht werden. Für die in der Begründung zur Beschlussziffer 2 genannte „kleine Lösung“ mit 8-10 Mitarbeiter/-innen plus Besprechungsmobiliar würden für die Büroausstattung Kosten von circa 20.000 Euro anfallen.

Im Haushaltsplanentwurf 2020 sind für die Jugendberufsagentur keine Haushaltsmittel eingestellt. Zukünftige Mietzahlungen sind beim Amt für Immobilienmanagement (23) zu veranschlagen, die Kosten für die Büroausstattung beim Personal- und Organisationsamt (10). Um trotz des noch nicht feststehenden Mittelbedarfs und der daraus resultierenden fehlenden Veranschlagung die unverzügliche Suche nach einer räumlichen Unterbringung zu ermöglichen, erklärt sich das Amt für Schule und Weiterbildung bereit, im Haushaltsjahr 2020 einen hieraus entstehenden Mehrbedarf bei den Ämtern 10 und 23 zu finanzieren. Erforderliche Finanzmittel für die Folgejahre sind dann zum Haushalt 2021 einzuplanen.

Punkt 8 der Tagesordnung V/1037/2019

Kosten für Abfallentsorgung bei Menschen, die aufgrund einer Behinderung oder aufgrund von gesundheitlichen Einschränkungen einen erhöhten Bedarf an Windeln haben.

Frau Wibben bezog zu der in der Vorlage behandelten Thematik ausführlich Stellung.

Nach der Diskussion unterschiedlicher Standpunkte beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss:

I. Sachentscheidung:

1. Die voraussichtlich entstehenden Kosten für eine mögliche Subventionierung sowie die Erfahrungen anderer Städte bei der Einführung einer Windeltonne werden zur Kenntnis genommen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Ermittlung des anspruchsberechtigten Personenkreises der Kinder mit Behinderung bis zu einem Alter von 18 Jahren nicht möglich ist.

3. Dem Antrag der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung vom 11.09.2017 (AH/0001/2017) sowie dem abweichenden Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses zu der Vorlage V/0254/2018 vom 04.07.2018 kann daher nicht gefolgt werden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/1126/2019/1**

Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiographien junger Geflüchteter – Interessenbekundungsverfahren

**Punkt 9.1 der Tagesordnung
V/1126/2019**

Herr Kollmann stellte die Vorlage unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage zur Abstimmung.

Ohne Aussprache beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage einstimmig:

I. Sachentscheidung:

Auf Grund des Ergebnisses des gemäß dem Beschluss des Rates zur Vorlage V/0895/2019 („Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiografien junger Geflüchteter“) durchgeführten Interessenbekundungsverfahrens werden 1,5 Stellen für Teilhabemanagement wie folgt angesiedelt:

- 0,5 Caritasverband für die Stadt Münster e.V.**
- 0,5 Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.**
- 0,5 DRK Münster Sozialwerk gGmbH**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die geänderte Beschlussfassung des Rates vom 09.10.2019 zur Vorlage V/0895/2019 „Übergänge sichern – Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiografien junger Geflüchteter“ hat folgende finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0116	Migrations- und Integrationsmanagement			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2019	19.400	80 % der Personalaufwendungen (Eigenanteil: 77.570 €)
		(jährlich)	2020/21	116.370	
			2022	58.190	
Zeile	11	Personalaufwendungen	2019	6.060	0,5 Projektstelle
		(jährlich)	2020/21	36.360	0,5 Projektstelle
			2022	18.180	0,5 Projektstelle

Zeile	15	Transferaufwendungen	2019	50.980	Aufwendungen für sechs 0,5 Stellen (pro Stadtbezirk 0,5) + 1,5 Projektstellen einschl. anteil. Arbeitsplatzkosten u. projektbezogene Sachausgaben bei freien Trägern
		(jährlich)	2020/21	305.820	
			2022	152.910	
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2019	930	anteil. Arbeitsplatzkosten u. projektbezogene Sachausgaben für 0,5 Projektstelle
		(jährlich)	2020/21	5.580	anteil. Arbeitsplatzkosten u. projektbezogene Sachausgaben für 0,5 Projektstelle
			2022	2.790	anteil. Arbeitsplatzkosten u. projektbezogene Sachausgaben für 0,5 Projektstelle

Die zur Finanzierung der Transferaufwendungen und der sonstigen ordentlichen Aufwendungen erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2019 bzw. der mittelfristigen Ergebnisplanung in der Produktgruppe 0502 „Sicherung des Lebensunterhalts“ veranschlagt. Erforderliche Haushaltsmittel in 2019 werden in Höhe des Bedarfs zur Produktgruppe 0116 „Migrations- und Integrationsmanagement“ verlagert. Die in 2019 anfallenden Personalaufwendungen werden im Wege der flexiblen Haushaltsführung aufgefangen.

Die zur Finanzierung der Personalaufwendungen, der Transferaufwendungen und der sonstigen ordentlichen Aufwendungen erforderlichen Ermächtigungen sind im Entwurf des Haushaltsplanes 2020 bei der Produktgruppe 0116 „Migrations- und Integrationsmanagement“ nicht veranschlagt.

Die Deckung der zusätzlichen Belastungen bei Produktgruppe 0116 „Migrations- und Integrationsmanagement“ ab dem Haushaltsjahr 2020 ff. erfolgt durch Mittel aus Landeszuwendungen des Förderprogrammes „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ und aus dem Budget der Produktgruppe 0502 „Sicherung des Lebensunterhalts“. Die Verwaltung wird im Rahmen der Etatberatungen für den Haushalt 2020 Veränderungsblätter einbringen.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0894/2019**

**Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) -
Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung im
Sozialamt und im Gesundheits- und Veterinäramt**

Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder und sicherte zu, dass bezüglich des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderung zum 01.01.2020 noch keine Änderungen umgesetzt, sondern die Fahrscheine zunächst nach den bisherigen Kriterien ausgestellt werden.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0952/2019**

Teilhabe im Alter und Vermeidung von Altersarmut: Expertise zur Erwerbssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Münster

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Punkt 2 der Tagesordnung).

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/1062/2019**

Anpassung der Satzung für die Benutzung der städtischen Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge und Wohnungslose der Stadt Münster und Neufestsetzung der Benutzungsgebühren

Herr Lembeck beantwortete Fragen der Mitglieder und sagte einen Erfahrungsbericht nach Ablauf von zwei Jahren zu.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig bei einer Enthaltung (DIE LINKE.) und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt die überarbeitete Satzung für die Benutzung der städtischen Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge und Wohnungslose der Stadt Münster (Anlage 1).
2. Der Gebührenberechnung wird zugestimmt (Anlage 2).

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0502	Sicherung des Lebensunterhalts			
Zeile	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2020	1.624.340	Bereich Flüchtlinge
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2020	1.639.040	Bereich Wohnungslose
Gesamt			2020	3.263.380	

Die Verwaltung erwartet Mehrerträge durch eine einheitliche, erhöhte Grundgebühr und eine deutlich höhere Verbrauchsgebühr, denen Mindererträge durch eine Verringerung der im Einzelfall zugrunde zu legende Fläche je Bewohnerin oder Bewohner städtischer Unterkünfte gegenüber stehen. Aktuell geht die Verwaltung davon aus, dass sich die Effekte hieraus ausgleichen, so dass keine Veränderungen der Daten der Haushaltsplanung 2020 ff. vorgeschlagen werden.

Anmerkung: In dem Ansatz für den Bereich der Wohnungslosenhilfe sind die Entgelte für die Nutzung von Wohnungen enthalten, in die Haushalte ordnungsbehördlich eingewiesen sind, um Wohnungslosigkeit zu vermeiden. Für Bewohner und Bewohnerinnen im Transferleistungsbezug besteht eine Befreiung von der Gebührenpflicht (Asylbewerberleistungsgesetz - AsylbLG) oder die Benutzungsgebühren werden durch den Leistungsträger getragen. Lediglich Personen mit ausreichend hohen Einkünften sind von der Anpassung betroffen, für sich dabei gegebenenfalls ergebende Härtefälle sieht die Verwaltung zukünftig eine Öffnungsklausel vor.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0811/2019**

**Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich
der Wohnungslosenhilfe - Ergebnisse und Verfah-
rensvorschläge des interfraktionellen Arbeitskrei-
ses Wohnungslosigkeit; hier: EU-Zuwanderer/-
innen ohne Sozialleistungsansprüche**

Herr Lembeck stellte die Vorlage vor.

Frau Winkel brachte einen Antrag der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beige-
fügt – **Anlage 13**.

Frau Grönefeld brachte einen Antrag der FDP-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift bei-
gefügt – **Anlage 14**.

Herr Scholz kündigte einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. an, verzichtete aber darauf, diesen
einzubringen.

Im Laufe der auch kontrovers geführten, ausführlichen Diskussion beantworteten Frau Arnkens-
Homann und Herr Lembeck Fragen von Mitgliedern und nahmen zu der Thematik Stellung. Der
Ausschussvorsitzende mahnte eine sensible Wortwahl an und rief dazu auf, die Diskussionen
sachbezogen zu führen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung
stimmte zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion ab. Der Antrag der SPD-Fraktion wurde
mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD,
DIE LINKE.) abgelehnt.

Anschließend stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz
und Arbeitsförderung über den Antrag der FDP-Fraktion ab. Der Antrag der FDP-Fraktion wurde
mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE.) bei einer Fürstimme (FDP)
und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) abgelehnt.

Danach beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung die Vorlage mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP)
bei Gegenstimmen (SPD, FDP, DIE LINKE.) und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die in der Begründung sowie in der Anlage B zu dieser Vorlage dargestellten
Einschätzungen der Verwaltung zur Anwendung geänderter gesetzlicher Vorschriften bei
EU-Zuwanderern/-innen ohne Sozialleistungsansprüche sowie die Schritte zur Kenntnis, die
unter Berücksichtigung der individuellen Situation der Betroffenen unternommen werden
können, um eine erfolgreiche Integration möglich zu machen, und wie verfahren werden
kann, wenn eine Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt nicht erfolgreich ist.
2. Ferner ergänzt der Rat seinen Beschluss vom 13.12.2017 zu den Verfahrensvorschlägen
des interfraktionellen Arbeitskreises Wohnungslosigkeit zur möglichst nachhaltigen Weiter-
entwicklung der Wohnungslosenhilfe der Stadt Münster und beauftragt die Verwaltung,
 - 2.1. die Schaffung einer Aufnahmeeinrichtung mit 50 Erstaufnahmeplätzen und 30 flexibel
nutzbaren Plätzen zur Notfallhilfe für EU Zuwanderer/-innen ohne Sozialleistungsan-
sprüche einschließlich eines dort einzurichtenden Beratungs-, Prüfungs- und Klärungs-
verfahrens zu konkretisieren, deren voraussichtliche Kosten zu ermitteln und den Gre-
mien für eine Entscheidung über ihre Umsetzung vorzulegen,

- 2.2. dazu zeitnah eine geeigneten Immobilie zu finden und dem Rat ihre Nutzung und Herichtung als Aufnahmeeinrichtung einschließlich entstehender Kosten zur Entscheidung vorzulegen
- 2.3. und den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung regelmäßig über den Stand sowie den Fortschritt der Prüfungen zu informieren.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den so genannten Landfahrerplatz an der Ecke Steinfurter Straße / Vorbergweg ab dem Jahr 2020 nicht mehr als Aufenthaltsmöglichkeit in den Sommermonaten für Menschen (bislang in der Regel Bürgerinnen und Bürger ost- bzw. südost-europäischer Staaten) zu öffnen. Menschen, die künftig nach einem Aufenthalt auf dem Landfahrerplatz nachfragen, sind fachlich zu beraten und über die im Einzelfall bestehenden Alternativen zu informieren.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Keine Aufwendungen oder Auszahlungen. Erst mit einem Beschluss über die Realisierung einer Aufnahmeeinrichtung für EU Zuwanderer/-innen ohne Sozialleistungsansprüche sind die zur Realisierung erforderlichen Mittel bereitzustellen. Mit einem Verzicht auf die Öffnung des Landfahrerplatzes an der Ecke Steinfurter Straße / Vorbergweg werden ab dem Jahr 2020 voraussichtlich Aufwendungen in jährlich geringer fünfstelliger Höhe eingespart.

Punkt 14 der Tagesordnung

Vorlagen des Jobcenters Münster

Punkt 14.1 der Tagesordnung V/0932/2019

Eckpunkte, Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen 2020 in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Frau Lichtenstein-van Lengerich gab für die CDU-Fraktion folgende Protokollerklärung ab:

Die CDU-Fraktion sieht in der Begründung bei Punkt 3 (S. 16) auch die Notwendigkeit, ältere Menschen in die Teilaspekte zur Schwerpunktsetzung mit einzubeziehen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.):

I. Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster nimmt die aktuell bestehenden sowie für das Jahr 2020 prognostizierten Eckwerte und Rahmenbedingungen zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung, mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) zu den Bundeszielen nach § 48b SGB II „Verbesserung der Integrationsquote“ und „Reduzierung der Langzeitleistungs-beziehenden“ im Rahmen folgender Korridore

Veränderung der Summe der Integrationen:
von -6,0 % bis +1,0 % (-200 bis +30)

Veränderung des Bestands der Langzeitleistungsbeziehenden (Jahresdurchschnitt):
von -4,0 % bis +2,0 % (-390 bis +200)
 und zu den voraussichtlichen weiteren Zielen des MAGS NRW im Rahmen
 folgender Korridore

„Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden“
 Veränderung der Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden:
von -1,0 % bis +6,0 % (+5 bis +80)

„Integrationsquote von Frauen oder einer Teilgruppe der Frauen“
 Veränderung der Integrationsquote der Teilgruppe der alleinerziehenden Frauen:
von +0,0 % bis +7,0 % (+4 bis +29)

eine Zielvereinbarung abzuschließen.

3. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung der Stadt Münster stimmt der kommunalen strategischen Ausrichtung und den Handlungsfeldern des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2020 zu.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Umsetzung der Entscheidung entstehen keine unmittelbaren Kosten für den städtischen Haushalt.

Punkt 14.2 der Tagesordnung V/0933/2019	Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2020 des Jobcenters Münster
--	---

Herr Bierstedt und Frau Jürgensmeier beantworteten Fragen der Mitglieder.

Herr Alhamwi wies darauf hin, dass der Integrationsrat die Vorlage in der Sitzung am 12.11.2019 als Tischvorlage erhalten hatte und sich deshalb kaum damit beschäftigen konnte. Der Integrationsrat habe die Vorlage deshalb ohne Beschlussfassung geschoben.

Herr Alhamwi bat das Jobcenter, das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm noch einmal in einer Sitzung des Integrationsrates vorzustellen, unabhängig von der bis dahin bestehenden Beschlusslage.

Herr Bierstedt sagte dies zu.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage mit Mehrheit (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE.) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss:

I. Sachentscheidung:

Zum Erreichen der gesetzlichen und lokalen arbeitsmarktpolitischen Ziele wird das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2020 (Anlage) beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die zur Umsetzung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters der Stadt Münster für das Jahr 2020 erforderlichen Ressourcen werden im Etat 2020 wie folgt finanziert:

Teilergebnisplan				
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €
Produktgruppe	0501	Grundsicherung für Arbeitsuchende		
Zeile	15	Transferaufwendungen	2020	16.990.910,00 ^{1,2}
	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2020	16.990.910,00 ^{1,2}

¹ Die Werte beruhen auf einer vorläufigen Berechnung.

² Die Mittelangaben beziehen sich nur auf den Eingliederungstitel des Jobcenters und bilden somit nur einen Auszug aus den Transferaufwendungen.

Die erforderlichen Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Durchführung des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms 2020 des Jobcenters der Stadt Münster sind im Haushaltsplanentwurf 2020 überwiegend eingeplant. Die noch zu veranschlagenden Aufwendungen und Erträge werden durch ein haushaltsneutrales Veränderungsblatt der Verwaltung in die Etatberatungen für den Haushalt 2020 eingebracht.

Der Rat hat sich mit Beschluss vom 11.12.2013 (Vorlage V/0622/2013) verpflichtet, im Falle einer Überschreitung der vom Bund finanzierten Eingliederungsleistungen bis zu 100.000,00 € überplanmäßig bereitzustellen.

Punkt 14.3 der Tagesordnung V/0624/2019 Perspektivzentrum des Jobcenters Münster - Resümee und Ausblick

Herr Bierstedt und Frau Rickert beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 14.4 der Tagesordnung V/1073/2019 Basisinformationen Jobcenter

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung V/1110/2019 Wirtschaftspläne der Kommunalen Stiftungen für das Jahr 2020

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Die in der **Anlage 2** beigefügten Wirtschaftspläne für das Geschäftsjahr 2020 der von der Stadt Münster verwalteten rechtlich selbstständigen Stiftungen

**Magdalenenhospital, Siverdes, Vereinigte Pfründnerhäuser,
Pfründnerhaus Kinderhaus und Bürgerwaisenhaus**

und der rechtlich unselbstständigen Stiftungen

Friedrich und Irmgard Buschmann und Generalarmenfonds

sowie der Eigentümergemeinschaften

**288 Wohnungen Münster-Coerde, Altenwohnungen am Klarastift, Gesundheitshaus,
Altenwohnungen Finkenstraße und Altenwohnungen Kirchhoffweg**

werden genehmigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die wirtschaftlichen Konsequenzen werden in den Einzelwirtschaftsplänen der jeweiligen Stiftung ersichtlich. Der städtische Haushalt ist lediglich hinsichtlich der beiden rechtlich unselbstständigen Stiftungen betroffen. Deren Jahresüberschüsse oder Jahresfehlbeträge werden in der Produktgruppe 1701 „Rechtlich unselbstständige Stiftungen“ in Zeile 07 „Sonstige ordentliche Erträge“ bzw. Zeile 16 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/1098/2019**

Haushalt 2019: Förderung des Vereins Kinderhauser Arbeitsloseninitiative e.V. - Aufhebung des Sperrvermerkes

Herr Treutler nahm kurz zu den Inhalten der Vorlage Stellung.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss einstimmig:

I. Sachentscheidung:

Der Sperrvermerk des im Haushaltsjahr 2019 für den Verein Kinderhauser Arbeitsloseninitiative e.V. (KAI) vorgesehenen Zuschusses von 56.700 € wird aufgehoben. Die Personalkostenanteile des Zuschusses werden entsprechend dem Ratsbeschluss zur Vorlage V/0070/2019 dynamisiert fortgeschrieben.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Der Haushaltsplan 2019 sieht in der Produktgruppe 0503 (Sicherung besonderer sozialer Bedarfe) Mittel in Höhe von 56.700 € für den genannten Zweck vor, die mit einem Sperrvermerk versehen sind.

Nach Beendigung von Punkt 16 unterbrach Herr Kollmann die Sitzung um 19:25 Uhr für eine fünfminütige Pause.

Um 19:30 Uhr führte Herr Kollmann die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung mit der Aufrufung des Punktes 17 der Tagesordnung (Etatberatungen 2020) fort.

Den Mitgliedern lagen folgende Unterlagen vor:

- Haushaltsplanentwurf 2020
- Vorlage V/0791/2019 mit der Auflistung der eingegangenen Etatanträge und Kurzbewertungen der Anträge durch die Verwaltung
- Zusammenstellung vom 25.09.2019 der bis dahin vorliegenden Haushaltsanträge der freien Träger mit Kommentierungen
- Weitere Anträge freier Träger zum Haushalt 2020
- Veränderungsblätter 1 – 3 der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2020
- Veränderungsblätter 4 – 17 der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf 2020 als Tischvorlage
- Anträge von Fraktionen zum Haushalt 2020
- Hinweise zum Stichwort „Befangenheit“
- Hinweise zum Verfahren
- Gesamtliste (Liste der Anträge und der Veränderungsblätter 1 - 3, Stand: 27.11.2019, Seiten 1 - 24). Die Reihenfolge auf der Gesamtliste entspricht der Reihenfolge der Produktgruppen des Entwurfs des Haushaltsplans

Herr Treutler erläuterte die den Mitgliedern im Vorfeld der Sitzung übersandten Hinweise zur Befangenheit und zum Verfahren und schlug vor, die Tischvorlage mit den Veränderungsblättern 4 – 17 der Verwaltung vor der Gesamtliste abzuhandeln.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung verständigten sich auf folgende Absprachen:

- Zunächst wird über die als Tischvorlage vorgelegten Veränderungsblätter 4 – 17 der Verwaltung beraten.
- Danach werden die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne des Haushaltsplanentwurfs anhand der in der Gesamtliste aufgeführten Einzelpositionen abgearbeitet.
- Sofern Ausschussmitglieder nicht widersprechen bzw. keine Anträge stellen oder Anträge Dritter nicht zur Abstimmung gestellt werden, gelten die Teilergebnispläne bzw. Teilfinanzpläne als beschlossen, allerdings ohne Veränderungsblätter der Verwaltung
- Anträge Dritter gelten als abgelehnt, wenn der Ausschuss sie nicht thematisiert oder aufgreift.
- Fraktionen müssen ihre Anträge ausdrücklich (mündlich) stellen.

Herr Scholz gab für die Fraktion DIE LINKE. folgende Erklärung zu Protokoll:

DIE LINKE. Ratsfraktion befürwortet eine Trennung von Staat und Kirche. Wir wollen den Laizismus jedoch nicht auf dem Rücken der Schwächsten durchsetzen und werden daher, solange es keinen kommunalen/staatlichen Ersatz für die kirchlichen Träger gibt, auch Anträge kirchlicher Träger unterstützen, wenn die Unterstützung sinnvoll ist.

Herr Kollmann erklärte sich für die in der Gesamtliste unter den laufenden Nummern 6a, 6b, 11a und 11b aufgeführten Anliegen für befangen im Sinne des § 31 GO NRW. Für die Beratung dieser Punkte wird der Vorsitz von Herrn Reiners übernommen. Zur organisatorischen Vereinfachung wurde vereinbart, die laufenden Nummern 11a und 11b der Gesamtliste direkt nach den laufenden Nummern 6a und 6b zu beraten.

Herr Kollmann beteiligte sich weder an den Beratungen noch an den Abstimmungen über die laufenden Nummern 6a, 6b, 11a und 11b der Gesamtliste.

Punkt 17.1 der Tagesordnung	Beratung des Haushaltsplans 2020	(Teilergebnispläne/Teilfinanzpläne)
------------------------------------	---	--

Haushaltsplanberatungen 2020

Veränderungsblätter 4 – 17

Teilergebnisplan

4

Produktgruppe:	0116 - Migrations- und Integrationsmanagement		
Zeile:	02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
Band:	1	Seite:	531
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	357.214	450.750	450.750	450.750	450.750	320.000
+ / -			116.370	116.370	58.190	0
Neu	357.214	450.750	567.120	567.120	508.940	320.000

Umsetzung der geänderten Beschlussfassung des Rates vom 09.10.19 zur Vorlage V/0895/2019 "Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiografien junger Geflüchteter" in Verbindung mit Vorlage V/1126/2019

5

Produktgruppe:	0116 - Migrations- und Integrationsmanagement		
Zeile:	15 - Transferaufwendungen		
Band:	1	Seite:	531
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	176.197	175.670	178.170	149.000	149.000	33.250
+ / -			305.820	305.820	152.910	0
Neu	176.197	175.670	483.990	454.820	301.910	33.250

Ergebnisneutrale Verlagerung von Aufwandsermächtigungen von der Produktgruppe 0502 "Sicherung des Lebensunterhalts" zur Umsetzung der geänderten Beschlussfassung des Rates vom 09.10.19 zur Vorlage V/0895/2019 "Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiografien junger Geflüchteter" in Verbindung mit Vorlage V/1126/2019

6

Produktgruppe:	0116 - Migrations- und Integrationsmanagement		
Zeile:	16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Band:	1	Seite:	531
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	89.114	63.867	68.090	68.100	66.110	68.120
+ / -			5.580	5.580	2.790	0
Neu	89.114	63.867	73.670	73.680	68.900	68.120

Ergebnisneutrale Verlagerung von Aufwandsermächtigungen von der Produktgruppe 0502 "Sicherung des Lebensunterhalts" zur Umsetzung der geänderten Beschlussfassung des Rates vom 09.10.19 zur Vorlage V/0895/2019 "Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiografien junger Geflüchteter" in Verbindung mit Vorlage V/1126/2019

7

Produktgruppe:	0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II		
Zeile:	02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen		
Band:	2	Seite:	160
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	1.567.161	1.300.700	100.500	500	500	500
+ / -			185.000	185.000	185.000	185.000
Neu	1.567.161	1.300.700	285.500	185.500	185.500	185.500

In der Öffentlichen Beschlussvorlage V/0849/2018 wurde beschlossen, dass die Aufgaben, die im Rahmen eines sozialen Arbeitsmarktes entstehen, zu bündeln und zentral im Jobcenter anzusiedeln sind. Die dafür aktuell noch bei Amt 40 veranschlagten Mittel sollen für die Haushaltsjahr 2020ff zum Jobcenter übergehen.

8

Produktgruppe:	0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II		
Zeile:	06 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen		
Band:	2	Seite:	160
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	129.026.581	140.363.160	139.311.680	145.105.800	150.960.050	156.759.540
+ / -			1.446.410	0	0	0
Neu	129.026.581	140.363.160	140.758.090	145.105.800	150.960.050	156.759.540

Laut der Mittelverteilung für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit vom BMAS stehen dem Jobcenter im Bereich der Eingliederungsleistungen

1.446.410 € mehr zur Verfügung. Da sowohl die Kostenerstattungen als auch die Transferaufwendungen ansteigen, handelt es sich um eine ergebnisneutrale Veränderung.

Produktgruppe:	0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II		
Zeile:	13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		
Band:	2	Seite:	160
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	1.428.816	1.995.180	1.963.490	1.838.350	1.694.360	1.699.510
+ / -			10.000	10.000	10.000	10.000
Neu	1.428.816	1.995.180	1.973.490	1.848.350	1.704.360	1.709.510

In der Öffentlichen Beschlussvorlage V/0849/2018 wurde beschlossen, dass die Aufgaben, die im Rahmen eines sozialen Arbeitsmarktes entstehen, zu bündeln und zentral im Jobcenter anzusiedeln sind. Die dafür aktuell noch bei Amt 40 veranschlagten Mittel sollen für die Haushaltsjahr 2020ff zum Jobcenter übergehen.

Produktgruppe:	0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II		
Zeile:	15 - Transferaufwendungen		
Band:	2	Seite:	160
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	150.977.747	173.746.050	165.237.000	171.900.000	179.200.000	186.400.000
+ / -			1.446.410	0	0	0
Neu	150.977.747	173.746.050	166.683.410	171.900.000	179.200.000	186.400.000

Laut der Mittelverteilung für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit vom BMAS stehen dem Jobcenter im Bereich der Eingliederungsleistungen 1.446.410 € mehr zur Verfügung. Diese sollen auch vollständig verausgabt werden. Da sowohl die Kostenerstattungen als auch die Transferaufwendungen ansteigen, handelt es sich um eine ergebnisneutrale Veränderung.

Produktgruppe:	0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II		
Zeile:	15 - Transferaufwendungen		
Band:	2	Seite:	160
Ausschuss:	ASSGVAF	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	150.977.747	173.746.050	165.237.000	171.900.000	179.200.000	186.400.000
+ / -			185.000	185.000	185.000	185.000
Neu	150.977.747	173.746.050	165.422.000	172.085.000	179.385.000	186.585.000

In der Öffentlichen Beschlussvorlage V/0849/2018 wurde beschlossen, dass die Aufgaben, die im Rahmen eines sozialen Arbeitsmarktes entstehen, zu bündeln und zentral im Jobcenter anzusiedeln sind. Die dafür aktuell noch bei Amt 40 veranschlagten Mittel sollen für die Haushaltsjahr 2020ff zum Jobcenter übergehen.

Produktgruppe:	0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II		
Zeile:	16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Band:	2	Seite:	160
Ausschuss:	ASSGVAF	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	1.225.691	1.434.260	1.321.010	1.317.580	1.321.410	1.321.640
+ / -			40.780	40.780	40.780	40.780
Neu	1.225.691	1.434.260	1.361.790	1.358.360	1.362.190	1.362.420

In der Öffentlichen Beschlussvorlage V/0849/2018 wurde beschlossen, dass die Aufgaben, die im Rahmen eines sozialen Arbeitsmarktes entstehen, zu bündeln und zentral im Jobcenter anzusiedeln sind. Die dafür aktuell noch bei Amt 40 veranschlagten Mittel sollen für die Haushaltsjahr 2020ff zum Jobcenter übergehen.

Produktgruppe:	0502 - Sicherung des Lebensunterhalts		
Zeile:	15 - Transferaufwendungen		
Band:	2	Seite:	171
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	49.400.714	51.779.940	58.616.190	60.215.960	61.669.000	62.835.050
+ / -			-231.390	-231.390	-115.700	0
Neu	49.400.714	51.779.940	58.384.800	59.984.570	61.553.300	62.835.050

Ergebnisneutrale Verlagerung von Aufwandsermächtigungen zur Produktgruppe 0116 "Migrations- und Integrationsmanagement" (KI) zur Umsetzung der geänderten Beschlussfassung des Rates vom 09.10.19 zur Vorlage V/0895/2019 "Übergänge sichern - Teilhabemanagement für gelingende Bildungsbiografien junger Geflüchteter" lt. Vorlage V/1126/2019.

Produktgruppe:	1003 - Wohnen		
Zeile:	15 - Transferaufwendungen		
Band:	2	Seite:	376
Ausschuss:	AUKB ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	353.607	858.268	606.390	631.390	631.390	631.390
+ / -			3.500.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000
Neu	353.607	858.268	4.106.390	4.131.390	4.131.390	4.131.390

Beschluss des AUKB vom 19.11.2019: Klimaschutz wirtschaftlich gestalten, Altbausanierungsprogramm, Ansatzerhöhung um jährlich 3.500.000 €

Produktgruppe:	1003 - Wohnen		
Zeile:	15 - Transferaufwendungen		
Band:	2	Seite:	376
Ausschuss:	AUKB ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	353.607	858.268	606.390	631.390	631.390	631.390
+ / -			270.000	400.000	400.000	400.000
Neu	353.607	858.268	876.390	1.031.390	1.031.390	1.031.390

Beschluss des AUKB vom 19.11.2019: Münsterenergie 4.0 Förderung von PV-Anlagen, Ansatzserhöhung um 270.000 € in 2020 (Ansatzserhöhung gesamtstädtisch insgesamt 300.000€, weitere 30.000€ werden bei PG1401 veranschlagt), Ansatzserhöhung ab 2021 ff. jährlich um 400.000 € bei PG1003

Produktgruppe:	1701 - Rechtlich unselbständige Stiftungen		
Zeile:	07 - Sonstige ordentliche Erträge		
Band:	2	Seite:	582
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	10.715	18.090	18.090	18.090	18.090	18.090
+ / -			-1.200	-1.200	-1.200	-1.200
Neu	10.715	18.090	16.890	16.890	16.890	16.890

Ansatzanpassung an die neuen Wirtschaftspläne der kommunalen Stiftungen V/1110/2019. (hier: Stiftung Generalarmenfond)

Produktgruppe:	1701 - Rechtlich unselbständige Stiftungen		
Zeile:	16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen		
Band:	2	Seite:	582
Ausschuss:	ASSGVaf	BV:	

	Ergebnis 2018	Ansatz 2019	Ansatz 2020	Planung 2021	Planung 2022	Planung 2023
Alt	47.851	27.620	27.620	27.620	27.620	27.620
+ / -			3.580	3.580	3.580	3.580
Neu	47.851	27.620	31.200	31.200	31.200	31.200

Ansatzanpassung an die neuen Wirtschaftspläne der kommunalen Stiftungen V/1110/2019. (hier: Friedrich und Irmgard Buschmann Stiftung)

Beschlüsse des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zu den Veränderungsblättern:

Die Veränderungsblätter 4 – 13 und 16 – 17 wurden einstimmig beschlossen.

Die Veränderungsblätter 14 – 15 wurden einstimmig beschlossen bei Enthaltungen (SPD).

Haushaltsplanberatungen 2020

Gesamtliste

Die Beschlüsse der Haushaltsplanberatungen werden nach Produktgruppen sortiert aufgeführt. Soweit nichts anderes genannt ist, beziehen sich die laufenden Nummern auf die Gesamtliste, die den Mitgliedern vorlag.

Produktgruppe: 0114 - Verwaltung der kommunalen Stiftungen (Band 1, Seiten 516-519)

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0114 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe: 0116 - Migrations- und Integrationsmanagement (Band 1, Seiten 524-532)

Teilergebnisplan

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden vom Afrika Kooperative e. V. Münster gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0116
1a	Afrika Kooperative e.V. Münster	

Band 1, S. 531 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht N.N.

Zusatzantrag (Anregung Nr. 2019-00183)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	17.000	0	0	0
Differenz	17.000	0	0	0

Bemerkungen:

Antrag auf einmalige Förderung des Afrika Festivals 2020 zum 20-jährigen Jubiläum über 17.000 €

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Halberstadt folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0116
1b	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Afrika Kooperative e.V. Münster	

Band 1, S. 531 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht N.N.
Zusatzantrag (Anregung Nr. 2019-00183)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	7.000	0	0	0
Differenz	7.000	0	0	0

Bemerkungen:

einmaliger Zuschuss Jubiläum

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig bei einer Enthaltung (DIE LINKE.).

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Seyfferth folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0116
2	SPD-Fraktion bezüglich Projekt "Einwanderung gestalten NRW weiter umsetzen"	

	2020	2021	2022	2023
Ansatz				
Beantragt				
Differenz				

Bemerkungen:

2 Personalstellen für 2020; bei Beschlussfassung: Empfehlung an den APOSOE

Frau Stadträtin Wilkens beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der SPD-Fraktion einstimmig bei einer Enthaltung (FDP) und empfahl dem Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government für die weitere Umsetzung des Projektes zwei Personalstellen für das Haushaltsjahr 2020 vorzusehen.

Produktgruppe 0211 - Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten (Band 1, Seiten 636-642)
Teilergebnisplan

lfd. Nr. 3	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0211		
Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 1)					

Band 1, S. 640 - Zeile 16- Sonstige Ordentliche Aufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2019	2020	2021	2022	2023
Alt	721.370	732.580	737.600	742.620	747.640
+/-		18.840	0	0	0
Neu	721.370	751.420	737.600	742.620	747.640

Bemerkungen:

Entgelterhöhung des CVUA-MEL (Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe, AöR).
 Zur Finanzierung der amtlichen Tätigkeiten bzw. laufenden Betriebskosten erhebt die Anstalt (CVUA-MEL) Entgelte nach § 6 der Finanzsatzung vom Land und den kommunalen Trägern auf der Basis der Einwohnerzahlen zum 30.06. des jeweiligen Vorjahres. Da für das Wirtschaftsjahr 2019 mit einem Verlust von insgesamt bis zu 900.000 € gerechnet wird, ist eine Erhöhung der Entgelte vorgesehen. Bereits in der Verwaltungsratssitzung am 03.06.2019 wurde der Beschluss gefasst, dass aufgrund eines einmalig in 2020 zu zahlenden Aufstockungsbetrages in die Pensionsrückstellung in Höhe von 480.000 € der Umlagebetrag für die kommunalen Träger um einmalig 0,06 € je Einwohner zu erhöhen ist. Bei der Einwohnerzahl von 313.996 am 30.06.2019 (NRW-Statistik, Stadt Münster) erhöht sich der Umlagebetrag für die Stadt Münster im Haushaltsjahr 2020 daher einmalig um 18.840 €. Es stehen noch weitere, dauerhafte Erhöhungen zur Diskussion. In diesem Zusammenhang wurde in der Verwaltungsratssitzung am 09.10.2019 die Bildung eines Entgelt-Beirates beschlossen. Dieser soll Vorschläge zur weiteren Entgeltentwicklung erarbeiten. Über die Ergebnisse könnte dann in einer Sondersitzung des Verwaltungsrates im Januar / Februar 2020 beschlossen werden.
 Die Deckung wird amtsintern bei der PG 0701 Gesundheitsdienste durch eine Minderung der geplanten sonstigen Aufwendungen erbracht (vgl. korrespondierendes Veränderungsblatt bezüglich der PG 0701).

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 1 der Verwaltung (lfd. Nr. 3 der Gesamtliste) einstimmig.

Teilfinanzplan

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0211 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 0501 - Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II (Band 2, Seiten 150-163)
Teilergebnisplan

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0501
	4b	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Verein zur Förderung der Bewährungshilfe Münster e.V. – Fachstelle zur Ableistung gemeinnütziger Arbeit

Band 2, S. 160 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht N.N.
Weiterbewilligung (Anregung Nr. 2019-00138)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	79.070	79.760	0	0
Differenz	79.070	79.760	0	0

Bemerkungen:

Emshof 2.0

Frau Seyfferth erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich des Vereins zur Förderung der Bewährungshilfe Münster e.V. – Fachstelle zur Ableistung gemeinnütziger Arbeit anschließe.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD-Fraktion einstimmig.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0501
	5	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich 20 zusätzliche Stellen/Plätze im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigungsmöglichkeiten

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	120.000	120.000	120.000	120.000
Differenz	120.000	120.000	120.000	120.000

Bemerkungen:

öffentlich geförderte Beschäftigung

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Herr Reiners übernahm den Vorsitz von Herrn Kollmann (s. Punkt 17 der Tagesordnung). Herr Kollmann beteiligte sich weder an der Beratung noch an der Abstimmung.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Rietenberg den nachfolgenden Antrag und bestätigte auf Nachfrage von Herrn Bierstedt, dass das Projekt aus den Mitteln, die für öffentlich geförderte Beschäftigung vorgesehen sind, finanziert werden soll.

lfd. Nr. 6a	Antragsteller/in: Alexianer Münster GmbH	Produktgruppe 0501
------------------------------	--	---------------------------

Band 2, S. 160 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht N.N.

Neuantrag (Anregung Nr. 2019-00226)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	19.220	37.240	37.990	0
Differenz	19.220	37.240	37.990	0

Bemerkungen:

Städtische Beteiligung am ESF-Bundesprogramm "Akti(F) für Familien und Ihre Kinder"

Frau Seyfferth erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich der Alexianer Münster GmbH anschliese.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD-Fraktion einstimmig.

An dieser Stelle beriet der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über die unter lfd. Nummern 11a und 11b aufgeführten Anträge unter Vorsitz von Herrn Reiners. Die Ausführungen hierzu finden sich unter den lfd. Nummern 11a und 11b.

Danach übernahm Herr Kollmann wieder den Vorsitz.

Teilfinanzplan

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0501 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 0502 - Sicherung des Lebensunterhalts (Band 2, Seiten 164-175)
Teilergebnisplan

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Seyfferth folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0502
7	SPD-Fraktion bezüglich Unterstützung für EU-Bürger/innen ohne Sozialleistungsansprüche	

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0			
Beantragt	30.000			
Differenz	30.000			

Bemerkungen:

Bericht

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Teilfinanzplan

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0502 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 503 - Sicherung besonderer sozialer Bedarfe (Band 2, Seiten 176-192)

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Winkel folgenden Antrag, der dem Antrag des Gemeindediakonie Hiltrup e. V. entspricht:

lfd. Nr. 8	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion und Gemeindediakonie Hiltrup e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 91
Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2019-00162)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	28.190	28.430	28.430	28.430
Beantragt*	47.190	47.590	47.590	47.590
Differenz	19.000	19.160	19.160	19.160

* Beantragter Ansatz 2022 und 2023 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Bemerkungen:

Erhöhung des Personal- und Sachkostenzuschusses ab 2020 um 19.000 € auf insgesamt 47.190 €
--

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Rietenberg die folgenden Anträge, die den Anträgen der Frauenhaus und Beratung e. V. entsprechen:

lfd. Nr. 9	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion und Frauenhaus und Beratung e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 107/N.N.
Erhöhungsantrag und neues Projekt (Anregung Nr. 2019-00140)

a) Erhöhungsantrag

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	54.990	55.520	55.520	55.520
Beantragt*	60.600	61.160	61.160	61.160
Differenz	5.610	5.640	5.640	5.640

* Beantragter Ansatz 2022 und 2023 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Bemerkungen:

Erhöhung des Personal- und Sachkostenzuschusses auf 60.600 € ab 2020

b) Zuschuss zu ad-hoc Hotelkosten

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	2.000	2.000	2.000	2.000
Differenz	2.000	2.000	2.000	2.000

Bemerkungen:

Zuschuss zu ad-hoc Hotelkosten in Einzelfällen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Anträge der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Seyfferth folgenden Antrag, der dem Antrag des Arbeitskreis International e. V. entspricht:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
10	SPD-Fraktion und Arbeitskreis International e.V. (AKI)	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**Zuschussbericht lfd. Nr. 109****Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2019-00154)**

	2020	2021	2022	2023
Ansatz*	45.220	45.480	45.480	45.480
Beantragt**	62.213	62.670	62.670	62.670
Differenz	16.993	17.190	17.190	17.190

* Beträge entsprechen dem Zuschuss an den AKI; jährlicher Gesamtansatz „Förderung im Feld Migration / Integration“ (Gesamtansatz: 121.380 €)

** Beantragter Ansatz 2022 und 2023 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Bemerkungen:

Erhöhung des Personal- und Sachkostenzuschusses ab 2020 auf 62.213 €
--

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Unter dem Vorsitz von Herrn Reiners (s. Punkt 17 der Tagesordnung) beriet der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über die laufenden Nummern 11a und 11b. Herr Kollmann beteiligte sich weder an der Beratung noch an der Abstimmung.

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden vom Begegnungszentrum Kinderhaus e. V. Münster gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr. 11a	Antragsteller/in: Begegnungszentrum Kinderhaus e.V.	Produktgruppe 0503
-------------------------	---	---------------------------

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. 113

Erhöhungsantrag

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	86.540	87.360	87.360	87.360
Beantragt*	106.440	107.260	107.260	107.260
Differenz	19.900	19.900	19.900	19.900

* Beantragter Ansatz 2022 und 2023 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Bemerkungen:

Erhöhung des Sachkostenzuschusses um 19.900 € ab 2020

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
11b	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Begegnungszentrum Kinderhaus e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 113
Erhöhungsantrag

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	86.540	87.360	87.360	87.360
Beantragt*	96.540	97.360	87.360	87.360
Differenz	10.000	10.000	0	0

* Beantragter Ansatz 2022 und 2023 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig bei Enthaltungen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP).

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Winkel folgenden Antrag, der dem Antrag des Südviertel e. V. entspricht:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
12	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion und Südviertel e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 116
Erhöhungsantrag

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	23.900	23.900	23.900	23.900
Beantragt	25.420	25.420	25.420	25.420
Differenz	1.520	1.520	1.520	1.520

Bemerkungen:

Anhebung des Teilansatzes für Mietkosten um 1.520 €

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Für die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Halberstadt folgenden Antrag, der dem Antrag des Hospizbewegung Münster e. V. entspricht:

lfd. Nr. 13	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion und Hospizbewegung Münster e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 134
Erhöhungsantrag

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	25.880	26.030	26.030	26.030
Beantragt*	45.000	45.430	45.430	45.430
Differenz	19.120	19.400	19.400	19.400

* Beantragter Ansatz 2021 incl. Tarifsteigerung (TVöD); 2022 und 2023 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Bemerkungen:

Erhöhungsantrag wegen Verwaltungsmehraufwand und Stundenerhöhung auf 45.000 €

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Winkel folgenden Antrag, der dem Antrag des AFAQ e. V. entspricht:

lfd. Nr. 14a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	SPD-Fraktion und AFAQ e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.
Erhöhungsantrag, Weiterbewilligungsantrag (Anregung Nr. 2019-00155)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	59.300	50.500	50.500	0
Differenz	59.300	50.500	50.500	0

* Beantragter Ansatz 2020 inkl. Nachträgliche Zusatzförderung für 2019; Ansatz 2022 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Bemerkungen:

Erhöhung und Weiterbewilligung des Sachkostenzuschusses, Einführung eines Personalkostenzuschusses, insgesamt 49.800 € über drei Jahre und Nachfinanzierung für 2019 (9.500 €)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
14b	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich AFAQ e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.

Erhöhungsantrag, Weiterbewilligungsantrag (Anregung Nr. 2019-00155)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	26.000	26.000		
Differenz	26.000	26.000	0	0

Bemerkungen:

Sperrvermerk im Haushaltsjahr 2021: Mittel nur dann, wenn der Verein umzieht; Entsperrung durch den ASSGVAF

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei Gegenstimmen (SPD, FDP, DIE LINKE.)

Herr Alhamwi gab eine Erklärung zu Protokoll, in der er darlegte, wie Mitglieder des Integrationsrates bei einem gemeinsamen Treffen die Haushaltsanträge beurteilt hätten. Die Erklärung ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 15**.

Herr Halberstadt gab zu Protokoll, dass das Treffen der Mitglieder des Integrationsrates ohne Beteiligung der dem Integrationsrat angehörenden Ratsmitglieder stattgefunden habe.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Reiners folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
16b	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Caritasverband für die Stadt Münster e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.
Erstantrag (Anregung Nr. 2019-00163)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	39.660	40.040	40.040	0
Differenz	39.660	40.040	40.040	0

*An den Ratsbeschluss vom 13.02.2019 zur Vorlage V/0070/2019 "...Dynamisierte Fortschreibung der Personalkostenanteile ..." angepasste Beträge; Ansatz 2022 zzgl. Tarifsteigerung (TVöD)

Bemerkungen:

Zuschuss für ein Modellprojekt ‚Psychosoziale Beratung für alleinstehende Menschen in Münster‘ in den Jahren 2020 bis 2022

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig bei Enthaltungen (SPD).

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden vom Chance e.V. – Gewaltberatung und Deeskalation gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
17a	Chance e.V. – Gewaltberatung und Deeskalation	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.
Weiterbewilligungs- und Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2019-00152)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	35.000	35.320	35.320	35.320
Differenz	35.000	35.320	35.320	35.320

* Beantragter Ansatz 2022 und 2023 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Bemerkungen:

Weiterbewilligung und Erhöhung des Zuschusses für das Projekt Gewaltberatung und Deeskalation mit 35.000 €

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Halberstadt folgenden Antrag:

lfd. Nr. 17b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Chance e.V. – Gewaltberatung und Deeskalation	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.****Weiterbewilligungs- und Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2019-00152)**

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	30.000	30.290	30.290	30.290
Differenz	30.000	30.290	30.290	30.290

*An den Ratsbeschluss vom 13.02.2019 zur Vorlage V/0070/2019 "...Dynamisierte Fortschreibung der Personalkostenanteile" ... angepasste Beträge; Ansätze 2022 und 2023 zzgl. Tarifsteigerung (TVöD)

Bemerkungen:

Weiterbewilligung und Erhöhung des Zuschusses für das Projekt Gewaltberatung und Deeskalation

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Gegenstimmen (SPD, DIE LINKE.) und Enthaltungen (FDP, Piraten/ÖDP).

Für die Fraktion DIE LINKE. beantragte Herr Scholz, den folgenden vom Chance e.V. – Opferberatung gestellten Antrag aufzugreifen:

lfd. Nr. 18a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	Chance e.V. – Opferberatung	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**Zuschussbericht lfd. Nr. N. N.****Weiterbewilligungs- und Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2019-00153)**

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	45.000	45.430	45.430	45.430
Differenz	45.000	45.430	45.430	45.430

* Beantragter Ansatz 2022 und 2023 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Bemerkungen:

Weiterbewilligung und Erhöhung des Zuschusses Opferhilfe über 45.000 €

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD, FDP, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (DIE LINKE.) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Halberstadt folgenden Antrag:

lfd. Nr. 18b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Chance e.V. – Opferberatung	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. N. N.

Weiterbewilligungs- und Erhöhungsantrag (Anregung Nr. 2019-00153)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	32.000	32.310	32.310	32.310
Differenz	32.000	32.310	32.310	32.310

*An den Ratsbeschluss vom 13.02.2019 zur Vorlage V/0070/2019 "...Dynamisierte Fortschreibung der Personalkostenanteile" angepasste Beträge; Ansätze 2022 und 2023 zzgl. Tarifsteigerung (TVöD)

Bemerkungen:

Weiterbewilligung und Erhöhung des Zuschusses Opferhilfe

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, DIE LINKE.) bei Gegenstimmen (SPD) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP).

lfd. Nr. 19a	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
	Diakonie Münster Beratungs- und BildungsCentrum e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.

Neuantrag (Anregung Nr. 2019-00157)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	107.461	108.997	100.284	0
Differenz	107.461	108.997	100.284	0

Bemerkungen:

Zuschuss für die Quartiersentwicklung Rumphorst von 99.580,90 € für 2020, 108.997,04 € für 2021 sowie 100.284,49 € für 2022, ferner anteilig für Dezember 2019 7.880,49 € (in dem Betrag für 2020 enthalten)

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
19b	SPD-Fraktion bezüglich Diakonie Münster Beratungs- und BildungsCentrum e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.****Neuantrag (Anregung Nr. 2019-00157)**

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	107.460	0	0	0
Differenz	107.460	0	0	0

Bemerkungen:

Zuschuss für Stadtteilbüro Rumphorst; mit Sperrvermerk: von den 107.460 werden 49.790 € mit einem Sperrvermerk versehen, der durch den ASSGVAF aufgehoben werden kann.

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
19c	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Diakonie Münster Beratungs- und BildungsCentrum e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.****Neuantrag (Anregung Nr. 2019-00157)**

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	25.000	25.000	25.000	25.000
Differenz	25.000	25.000	25.000	25.000

Bemerkungen:

Zuschuss für Stadtteilbüro Rumphorst; mit Sperrvermerk, Mittel nur, wenn keine Landesmittel

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung hat die unter den laufenden Nummern 19a, 19b und 19c aufgeführten Anträge nicht beraten, sondern den Antrag der Diakonie Münster Beratungs- und BildungsCentrum e.V. in den Haupt- und Finanzausschuss geschoben.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Seyfferth folgenden Antrag, der dem Antrag des Frauenhaus und Beratung e.V., Frauen helfen Frauen e.V., Beratung und Therapie für Frauen e.V. - Fördertopf für Sprachmittlung entspricht:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
20a	SPD-Fraktion und Frauenhaus und Beratung e.V., Frauen helfen Frauen e.V., Beratung und Therapie für Frauen e.V. - Fördertopf für Sprachmittlung	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.

Erstantrag (Anregung Nr. 2019-00175)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	18.000	18.000	18.000	18.000
Differenz	18.000	18.000	18.000	18.000

* Keine Dynamisierung erforderlich, nur Sachkostenzuschuss

Bemerkungen:

Einführung eines Fördertopfes für Sprachmittlung über 18.000 € pro Jahr

Frau Stadträtin Wilkens und Frau Stemmer beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, FDP, DIE LINKE.) bei einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) ab.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Halberstadt folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
20b	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Frauenhaus und Beratung e.V., Frauen helfen Frauen e.V., Beratung und Therapie für Frauen e.V. - Fördertopf für Sprachmittlung	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.

Erstantrag (Anregung Nr. 2019-00175)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	5.000	0	0	0
Differenz	5.000	0	0	0

Bemerkungen:

Sprach- und Kulturmittlerinnen

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei Gegenstimmen (SPD, FDP) und einer Enthaltung (DIE LINKE.).

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Halberstadt folgenden Antrag, der dem Antrag der Kirchengemeinde St. Marien und St. Josef. entspricht:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
21	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, SPD-Fraktion und Kirchengemeinde St. Marien und St. Josef (Projekt „frei-RAUM“)	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.

Weiterbewilligungsantrag (Anregung Nr. 2019-00141)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	11.000	11.000	11.000	11.000
Differenz	11.000	11.000	11.000	11.000

Bemerkungen:

Weiterbewilligung des Zuschusses zu den Mietkosten für das Projekt „freiRAUM“, Sockelfinanzierung

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Herr Kollmann machte darauf aufmerksam, dass die vorliegenden Anträge sich lediglich dadurch unterscheiden, dass die SPD-Fraktion eine Auswertung über den Erfolg der Fachkräfte-Initiative und einen entsprechenden Bericht der Verwaltung hierzu in 2021 wünsche. Er schlug vor, einen gemeinsamen Antrag mit dem Berichtswunsch zu formulieren. Der Vorschlag fand die Zustimmung der beteiligten Fraktionen.

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
22a	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und KCR - Konkret Consult Ruhr GmbH	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.

Erstantrag (Anregung Nr. 2019-00177)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	56.000	56.000	0	0
Differenz	56.000	56.000	0	0

Bemerkungen:

Einführung eines Zuschusses für das 2-jährige Projekt "Pflege-Modellregion Münster!" über 56.000,00 € pro Jahr

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
22b	SPD-Fraktion bezüglich KCR - Konkret Consult Ruhr GmbH	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.

Erstantrag (Anregung Nr. 2019-00177)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	56.000	56.000	0	0
Differenz	56.000	56.000	0	0

Bemerkungen:

Es erfolgt eine Auswertung über den Erfolg der Fachkräfte-Initiative. Die Verwaltung legt dem ASSGVAf dazu in 2021 einen Bericht zur Beratung vor.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD-Fraktion mit dem Auftrag an die Verwaltung, eine Auswertung über den Erfolg der Fachkräfte-Initiative und einen entsprechenden Bericht hierzu in 2021 im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung vorzulegen einstimmig bei einer Enthaltung (DIE LINKE.).

Frau Seyfferth erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich der Alexianer Münster GmbH anschliese.

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
23b	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Münster-Tafel e. V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.**Weiterbewilligung des Sachkostenzuschusses
(Anregung Nr. 2019-00104)**

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	10.000	10.000	10.000	0
Differenz	10.000	10.000	10.000	0

Bemerkungen:

Zuschuss für die Münster-Tafel von 10.000 €

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD-Fraktion einstimmig.

Frau Seyfferth erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich der PariSozial Münsterland GmbH anschließe.

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
24b	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich PariSozial Münsterland GmbH	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen**Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.****Antrag auf Fortsetzung und Anhebung der Förderung
(Anregung Nr. 2019-00146)**

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt*	16.980	37.000	37.000	37.000
Differenz	16.980	37.000	37.000	37.000

* Ansätze 2022 und 2023 zuzüglich Tarifsteigerung (TVöD) des Personalkostenanteils

Bemerkungen:

Personal- und Sachkostenzuschuss für die Beratung schwerhöriger und spätertaubter Menschen von 37.050 € pro Jahr, in 2020 anteilig 16.980 € (Ergänzungsangebot der Beratungsstelle für hörbehinderte Menschen)
--

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der SPD-Fraktion einstimmig.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Winkel folgenden Antrag, der dem Antrag des Seniorenhilfe St. Mauritz e.V. entspricht:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
26	SPD-Fraktion und Seniorenhilfe St. Mauritz e.V.	

Band 2, S. 188 - Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.
Weiterbewilligungsantrag (Anregung Nr. 2019-00159)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	5.000	0	0	0
Differenz	5.000	0	0	0

Bemerkungen:

Weiterbewilligung des Personalkostenzuschusses in Höhe von 5.000 € für 2020

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) ab.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Winkel folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
27	SPD-Fraktion bezüglich Wohnungslose Menschen angemessen unterbringen - Neubau von Notunterkünften	

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	50.000	0	0	0
Differenz	50.000	0	0	0

Bemerkungen:

Planungskosten

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Frau Rietenberg regte an, dass die Verwaltung über die Situation wohnungsloser Menschen in Abständen berichten solle. Frau Arnkens-Homann schlug vor, zu diesem Zweck den Arbeitskreis zum Thema Wohnungslosigkeit wieder aufleben zu lassen. Dieser Vorschlag wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Herr Wölter folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0503
28	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Pflege, Versorgungssicherheit und selbstständiges Wohnen im Quartier konsequent ausbauen	

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	100.000	150.000	150.000	150.000
Differenz	100.000	150.000	150.000	150.000

Bemerkungen:

Weiterentwicklung der Infrastruktur "Pflege und Versorgungssicherheit im Quartier" und zur Erweiterung des Angebotes des Informationsbüros Pflege

Frau Arnkens-Homann und Herr Treutler beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Gegenstimmen (FDP, Piraten/ÖDP) und Enthaltungen (SPD, DIE LINKE.).

Teilfinanzplan

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0503 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 0504 – Wohngeld (Band 2, Seiten 194-197)

Teilergebnisplan

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 0504 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 0701 - Gesundheitsdienste (Band 2, Seiten 280-292)
Teilergebnisplan

lfd. Nr. 29	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0701		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 2)				

Band 2, S. 289 - Zeile 15 - Transferaufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2019	2020	2021	2022	2023
Alt	5.407.560	5.710.530	5.716.610	5.698.610	5.698.610
+/-		13.120	13.120	13.120	13.120
Neu	5.407.560	5.723.650	5.729.730	5.711.730	5.711.730

Bemerkungen:

Mit Beschluss der Vorlage V/0664/2018 des Antrags A-R/0027/2017 wurde eine erhöhte Finanzierung an die Suchtberatung von Caritas und Diakonie für eine Optimierung der Eingliederungsleistungen nach §16a SGB II befürwortet (für den Aufbau einer vor Ort-Sprechstunde in den Stadtteilen für suchtabhängige Menschen, die durch das Jobcenter betreut werden). Hierfür werden jährlich ab 2020 je Beratungsstelle 6.560 € zusätzlich bezuschusst. Über eine nach dem festgelegten Dreijahreszeitraum der tariflichen Zuschusssteigerung (bis 2021) weitere fortlaufende Erhöhung des Betrages wird gemeinsam mit dem Gesamtzuschussbetrag für die Träger entschieden.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 2 der Verwaltung (lfd. Nr. 29 der Gesamtliste) einstimmig.

lfd. Nr. 30	Veränderungsblatt		Produktgruppe 0701		
	Verwaltung (Veränderungsblatt Nr. 3)				

Band 2, S. 289 - Zeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

	Ansatz €		Planung (€)		
	2019	2020	2021	2022	2023
Alt	597.483	534.080	515.960	525.920	526.080
+/-		-18.840	0	0	0
Neu	597.483	515.240	515.960	525.920	526.080

Bemerkungen:

Korrespondierendes Veränderungsblatt zum Veränderungsblatt bezüglich der PG 0211 Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten (hier: amtsinterne Deckung des Mehraufwandes von 18.840 € in 2020 bei der PG 0211)

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss das Veränderungsblatt Nr. 3 der Verwaltung (lfd. Nr. 30 der Gesamtliste) einstimmig.

Für die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte Frau Rietenberg folgenden Antrag:

lfd. Nr. 31b	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0701
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Hebammennetzwerk Münsterland e.V.	

Band 2, S. 289, Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.
Folgeantrag (Anregung Nr. 2019-00136)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	30.540	30.540	0	0
Differenz	30.540	30.540	0	0

Bemerkungen:

mit Bericht Anfang 2021

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL mit Mehrheit (CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE., Piraten/ÖDP) bei Gegenstimmen (SPD, FDP).

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Winkel folgenden Antrag, der dem Antrag des Krisenhilfe Münster e. V. entspricht:

lfd. Nr. 32	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0701
	SPD-Fraktion und Krisenhilfe Münster e.V.	

Band 2, S. 289, Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. 211
Folgeantrag (Anregung Nr. 2019-00147)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	115.550	116.460	116.460	116.460
Beantragt	135.550	136.460	136.460	136.460
Differenz	20.000	20.000	20.000	20.000

Bemerkungen:

Aufstockung der Personalstellen

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP,) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) und einer Enthaltung (Piraten/ÖDP) ab.

Für die SPD-Fraktion stellte Frau Winkel folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0701
33	SPD-Fraktion bezüglich Notfallfonds zur Krankenversicherung	

Band 2, S. 289, Zeile 15 - Transferaufwendungen
Zuschussbericht lfd. Nr. N.N.
Folgeantrag (Anregung Nr. 2019-00147)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	20.000	20.000	20.000	20.000
Beantragt	30.000	20.000	20.000	20.000
Differenz	10.000	0	0	0

Bemerkungen:

Aufstockung des Notfallfonds

Herr Dr. Schulze Kalthoff wies darauf hin, dass der Ansatz entgegen den Angaben in der o. a. Tabelle bereits 25.000 € betrage. Eine Erhöhung um 5.000 € für das Jahr 2020 sei aus seiner Sicht ausreichend.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung einstimmig eine Erhöhung des Ansatzes für 2020 um 5.000 € auf 30.000 €.

Für die SPD-Fraktion stellte Herr Tafelski folgenden Antrag:

lfd. Nr.	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0701
34	SPD-Fraktion bezüglich Gesundheit für alle - der Gesundheitskiosk und die Gesundheitsleeze	

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	250.000	0	0	0
Differenz	250.000	0	0	0

Bemerkungen:

Bericht der Verwaltung im IV. Quartal

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte

den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, Piraten/ÖDP) bei Fürstimmen (SPD, DIE LINKE.) ab.

Teilfinanzplan

Der Teilfinanzplan der Produktgruppe 0701 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 1003 – Wohnen (Band 2, Seiten 376-383)

Teilergebnisplan

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 1003 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Produktgruppe 1701 - Rechtlich unselbständige Stiftungen (Band 2, Seiten 580-583)

Teilergebnisplan

Der Teilergebnisplan der Produktgruppe 1701 wurde wie vorgesehen beschlossen.

Weitere Anträge

lfd. Nr. 35	Antragsteller/in: Fachstelle zur Ableistung gemeinnütziger Arbeit (FAGA)	Produktgruppe 1303
-----------------------	--	---------------------------

Neuantrag (Anregung Nr. 2019-00137)

	2020	2021	2022	2023
Ansatz	0	0	0	0
Beantragt	111.850	0	0	0
Differenz	111.850	0	0	0

Bemerkungen:

RENA - REsozialisierung durch die Naturierung des öffentlichen Raumes;
--

Herr Treutler erläuterte, dass der Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen in der Sitzung am 19.11.2019 von einer Beratung der Anregung abgesehen und die Anregung an den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung verwiesen habe.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm mit Hinweis auf die fehlende Zuständigkeit von einer Beratung des Antrages Abstand und verwies seinerseits die Anregung an den Haupt- und Finanzausschuss.

lfd. Nr. 36	Antragsteller/in:	Produktgruppe 0102
	CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL bezüglich Integrationsrat (1. Beschlusspunkt des Antrags) APOSOE	

	2019	2020	2021	2022
Ansatz	20.000	20.000	20.000	20.000
Beantragt	25.000	25.000	25.000	25.000
Differenz	5.000	5.000	5.000	5.000

Bemerkungen:

Der Haushaltsansatz ist für die allgemeinen Ausgaben ab dem 01.01.2020 auf 25.000 € (zurzeit ca. 20.000 €) aufzustocken.

Herr Treutler machte den Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung auf den Haushaltsantrag des Integrationsrates aufmerksam und verwies auf die Beratungszuständigkeit des Ausschusses für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government. Von einer Beratung des Antrages nahm der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung Abstand.

Punkt 18 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung